

Wasserkraft wohl am Zenit

Freiburg Wasser ist im Kanton Freiburg die wichtigste Quelle für Elektrizität. Rund 70 Prozent des einheimischen Stroms stammen aus Wasserkraft, zeigen Zahlen des Kantons. Doch wie lange ist das noch so? Ein Expertenbericht lässt den Schluss zu, dass das Wasserkraftpotenzial aufgrund der Klimaerwärmung bald ausgeschöpft sein könnte.

Im Auftrag der Volkswirtschaftsdirektion hatte ein Ingenieurbüro aus Lausanne eine entsprechende Studie durchgeführt. Diese zeigt verschiedene Szenarien, wie sich das Potenzial der Wasserkraft bis ins Jahr 2100 entwickeln kann. Das Ergebnis: Ein Rückgang – zumindest ein leichter – ist das wahrscheinlichste Szenario.

Wenig hilfreich ist demnach, dass die Fachleute von häufigeren Niederschlägen ausgehen. Denn der zu erwartende Temperaturanstieg führt gleichzeitig auch zu mehr Verdunstung. Das Ingenieurteam hat die Wassermengen der Sense sowie der Saane mit ihren Stauwerken untersucht. Einen Lichtblick gewährt die Studie: Sollte das sogenannte Umlaufkraftwerk vom Schiffenen in den Murtensee (Schem) zustande kommen, dürfte das Wasserkraftpotenzial im Kanton zumindest stabil bleiben. (phi)

Kurzmeldungen

Falschfahrerin bei Domdidier gestoppt

Domdidier Eine 34-Jährige war am frühen Sonntagmorgen auf der A1 auf die falsche Fahrbahn geraten, wie die Kantonspolizei meldet. Mehrere Patrouillen versuchten, sie zu stoppen. Die Frau entzog sich allerdings einem ersten Anhalteversuch. Erst auf der Höhe von Domdidier konnte sie gestoppt werden. Sie wurde verhaftet, eine Untersuchung läuft. Verletzt wurde bei dem Vorfall niemand, es kam auch nicht zu einem Unfall. Die Polizei sucht Zeugen und bittet um sachdienliche Hinweise. (fca) 026 347 0117

Chlorgeruch ohne erkennbaren Grund

Freiburg Am Sonntagmorgen hing über dem Westen der Stadt Freiburg Chlorgeruch in der Luft. Wie die Kantonspolizei auf Anfrage erklärte, hatte sie Meldungen darüber erhalten. Die Feuerwehr habe nach der Ursache des Geruchs gefahndet, doch bei mehreren Messungen kein Chlor in der Luft festgestellt. Folgen für den Murtenlauf konnten die Behörden ausschliessen. Auch habe zu keinem Moment eine Gefährdung für die Bevölkerung bestanden. Man beobachte die Lage weiter. (fca)

Korrekt

Beim Titeln verzählt

Freiburg Der Verein für aktive Arbeitsmarktmassnahmen VAM ist schon 30 Jahre alt und nicht 20, wie im Titel des entsprechenden Artikels in den FN am 29. September stand. Im Artikel selbst ist die Angabe korrekt. (red)

«Nichts, an dem Menschen beteiligt sind, ist ohne Gefühle denkbar»

Gefühle prägen Politik stärker, als wir glauben. Die Historikerin Ute Frevert erklärt, warum Wut, Hoffnung und Vertrauen für die Demokratie wichtig sind – und wann sie zu viel werden.

Martina Schmid

Freiburg Politik steht oft in Zusammenhang mit Vernunft, Interessen und Fakten. Gefühle gelten dagegen schnell als irrational oder gar als Gefahr für die Demokratie. Doch so einfach ist es nicht, sagt Ute Frevert. Die renommierte Historikerin beschäftigt sich seit Jahren mit der Geschichte und politischen Bedeutung von Emotionen.



Am 6. Oktober hält sie dazu im Rahmen der Ringvorlesung «Demokratie unter Druck» der Universität Freiburg eine öffentliche Vorlesung. Im Vorfeld hat sie mit uns darüber gesprochen, warum Wut Menschen auf die Strasse bringen kann, weshalb Überforderung demokratiegefährdend wirkt – und warum Politik ohne Gefühle langweilig wäre.

Ute Frevert, gibt es Politik ohne Gefühle?

Man kann nichts, an dem Menschen beteiligt sind, ohne Gefühle denken. Damit auch keine Politik.

Wie definieren Sie Gefühle?

Gefühle sind Bewusstseinszustände, die sich stark körperlich ausdrücken. Körper und Gehirn produzieren gemeinsam einen Zustand, der mehr oder weniger lange anhält und sich deutlich vom vorherigen unterscheidet.

Welche Emotionen sind besonders politisch?

Heute reden wir viel über Hass, aber auch Liebe spielt eine grosse Rolle – etwa die «Liebe zum Vaterland». Vertrauen und Misstrauen, Empörung und Wut, Hoffnung und Zuversicht, aber auch Neid: Es gibt fast kein Gefühl, das politisch nicht in irgendeiner Weise eine Rolle spielt.

Fragen wir anders: Welches Gefühl wird in der Politik unterschätzt?

Vertrauen. Alle werben darum, versprechen, es zu gewinnen, wiederherzustellen, zu erhalten. Trotzdem habe ich selten den Eindruck, dass sich diejenigen, die ständig von Vertrauen reden, wirklich Gedanken darüber machen, was das eigentlich ist.

Welchen Einfluss haben Emotionen auf politische Umbrüche?

Keine Revolution funktioniert ohne Gefühle. Das sahen wir etwa bei der Französischen Revolution oder 1989 in der DDR. Entscheidend sind dabei sehr unterschiedliche Gefühle. Nicht nur Angst, sondern auch Zorn, Trotz und kollektive Euphorie, wenn immer mehr Menschen auf die Strasse gehen. Gefüh-



Die deutsche Historikerin Ute Frevert wird im Rahmen der Ringvorlesung «Demokratie unter Druck» an der Universität Freiburg eine öffentliche Vorlesung halten. Bild: zvg

le sind hier nicht nur Begleiterscheinung, sondern haben eine starke Mobilisierungskraft.

Manipulieren politische Akteurinnen und Akteure Gefühle, um die Menschen zu mobilisieren?

Wenn man Manipulation weit fasst, ist jeder Politiker und jede Politikerin, die sich ans Wahlvolk wendet, ein Stück weit manipulativ. Sie wählen bewusst Tonlage und Begriffe oder wie nahbar oder zurückhaltend sie auftreten. Das ist pure Gefühlspolitik. Bei einem engeren Manipulationsbegriff kann man auf totalitäre Regime schauen, etwa auf Adolf Hitler, Benito Mussolini und Josef Stalin. Aber auch Viktor Orbán ist ein Meister der Gefühlspolitik.

Welche Rolle spielen positive Gefühle wie Hoffnung, Vertrauen oder Solidarität?

Eine grosse. Ohne Hoffnung und Zuversicht würden wir morgens gar nicht aufstehen. Politik kann durch Visionen und Perspektiven Zuversicht herstellen und das morgendliche Aufstehen erleichtern. Politikerinnen und Politiker müssen die Gefühlslage der Bürger einerseits kennen und versuchen, andererseits sie zu verändern: aus Misstrauen Vertrauen schaffen, aus Angst Zuversicht und aus Wut den Antrieb für politisches Engagement.

Es gibt viele Leute, die eine zunehmende Emotionalisierung der Politik beklagen und darin eine Gefahr für die Demokratie sehen. Was ist Ihre Meinung?

Eine Zunahme von Emotionen lässt sich schwer messen. Heute fallen vor allem negative Gefühle auf, weil sie laut und sichtbar sind. Entscheidend ist, welche Gefühle als störend gelten. Niemand hätte etwas gegen mehr Solidarität. Klar ist auf jeden Fall: Negative Gefühle gab es auch früher; die Vergangenheit war keineswegs nur harmonisch.

Welche Rolle dürfen Gefühle in einer Demokratie spielen, ohne die politische Entscheidungsfindung zu bestimmen?

Gefühle sind nicht das Gegenteil von Rationalität. Sie sind nicht nur spontan und eruptiv, sondern bauen auf Erfahrungen und Erwartungen auf. Sie sind kontext- und umweltabhängig. Wichtig ist deshalb, sich mit den eigenen Gefühlen auseinanderzusetzen: Warum empfinde ich so, und ist dieses Gefühl berechtigt? Wenn wir Emotionen reflektieren, stehen sie keineswegs im Gegensatz zu rationalen Entscheidungen.

Sollte der Staat also den Umgang mit Gefühlen lehren?

Gefühlserziehung sollte früh beginnen – in der Familie, in der Kita und in der Schule. Kinder sollten lernen, verantwortlich mit Gefühlen umzugehen und sie zu hinterfragen. Das ist aber keine Staatsaufgabe. Als Bürgerinnen und Bürger sollten wir diesen reflektierten Umgang von uns selbst einfordern.

Nach wissenschaftlichen Studien geht der Anteil demokratischer Gesellschaften im Moment zurück. Lässt sich die-

ser Rückgang durch bestimmte politische Gefühle erklären?

Viele Menschen fühlen sich überfordert. Sie erleben eine Krise nach der anderen – vom Coronavirus über die Wirtschafts- bis zur Klimakrise. Diese Probleme sind alle komplex. Sie lassen sich nicht mit schnellen Lösungen bewältigen, sondern erfordern lange Abstimmungs-, Kommunikations- und Verhandlungsprozesse. Das kann den Wunsch verstärken, Verantwortung abzugeben, etwa an eine Führungsperson oder eine autoritäre Regierung.

Sie sprechen die langwierigen Prozesse an. Ist es noch möglich, diese Krisen – besonders die Klimakrise – in einer Demokratie zu bewältigen?

Was ist die Alternative? Mir fehlt die Fantasie für andere Regierungsformen als die Demokratie, und die Geschichte des 20. Jahrhunderts lehrt, dass totalitäre Modelle nichts Gutes bewirken. Aber man muss an der Demokratie arbeiten. Sie hat ein Prinzipien- und Wertegerüst, doch ihre Institutionen und deren Zusammenspiel können verändert werden. In Deutschland etwa ist die politische Perspektive durch die unaufhörlichen Wahlen und die ständige Beobachtung von Meinungsumfragen sehr kurz. Das lässt keine Zeit übrig, notwendige Reformen auf den Weg zu bringen. Stattdessen produziert es Frust bei den politisch Handelnden und Enttäuschung auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger.

Was können wir aus früheren Phasen starker politischer

Emotionalisierung lernen?

Die Endphase der Weimarer Republik im Deutschland der 1930er-Jahre zeigt, dass Gefühle, wenn sie sich mit Gewalt verbinden, eine hohe Zerstörungsmacht haben. Sobald Männer mit Springerstiefeln durch die Strassen marschieren, Fahnen schwenken und ihre Fäuste recken, haben wir ein Problem. Die Militarisierung von Gefühlen und ihre Verbindung mit gewalttätiger Praxis muss der Staat unterbinden. Zugleich kann man der Weimarer Zeit vorwerfen, zu spät versucht zu haben, Bürgerinnen und Bürger für die neue Republik zu begeistern. Aber auch die von oben verordneten Begeisterungsorgien in der DDR sind ein abschreckendes Beispiel.

Darf ein Staat Gefühle wie Solidarität oder Stolz verlangen?

Der Staat darf verlangen, dass Bürger loyal zu den Prinzipien der Verfassung stehen, die Gesetze befolgen und Steuern zahlen. Emotionale Hingabe kann ein Staat nicht einfordern. Er kann sie sich aber durch gutes Regieren verdienen. Staaten, die sich auf ihre Bürgerinnen und Bürger verlassen können, stehen besser da als die, die sie mit Polizeigewalt zu bestimmten Dingen treiben müssen. Das wusste schon Machiavelli: Durch Liebe zu regieren, ist meistens effizienter als durch Furcht.

Hat Social Media das Verhältnis zwischen Gefühl und politischer Öffentlichkeit verändert?

Ja. Die Medienlandschaft ist ein wichtiger Treiber der Emotionalisierung der Politik. Vor allem soziale Medien haben die politische Kommunikation verändert. Komplexe Sachverhalte müssen auf kurze, leicht teilbare Formate gebracht werden. Wer sich radikal positioniert, erhält mehr Aufmerksamkeit als moderate Positionen. Das sind Formprinzipien, die sich auf politische Kommunikationsprozesse auswirken. Dieser Aufregungs- und Eindeutigkeitswahn, das Klicken nach oben oder nach unten, erschwert reflektierte politische Entscheidungen.

Zum Schluss: Was würde uns fehlen, wenn wir Politik nur mit Vernunft, Interessen und Fakten beschreiben würden?

Politik wäre dann superlangweilig. Schon der Soziologe Max Weber wusste: Politik muss mit Leidenschaft gemacht werden. Aber diese Leidenschaft muss gefiltert, reflektiert und in ihrem Ausdruck kontrolliert werden. Sie soll den Blick öffnen, nicht verstellen, sowie Kommunikation und Meinungsstreit beleben, nicht verhindern.

Öffentliche Vorlesung «Politik und Gefühle in der modernen Geschichte»: Miséricorde 3, Auditorium A, Avenue de l'Europe 20, Freiburg. Di., 6. Oktober, 17:15 bis 19 Uhr.